

Vorlage zur Kenntnisnahme

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 25.01.2018

1. Gegenstand der Vorlage: Verlängerung der Werkstattphase für die Erprobung einer Dienstleistungseinheit - Zentrales Forderungsmanagement (ZFM)

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat in seiner Sitzung am 19.12.2017 beschlossen, die BA-Vorlage Nr. 0225/V der BVV zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Die Vorlage ist in der Anlage beigefügt.

Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin

Anlage

Vorlage für das Bezirksamt
- zur Beschlussfassung -
Nr. 0225/V

- A. Gegenstand der Vorlage: Verlängerung der Werkstattphase für die Erprobung einer Dienstleistungseinheit - Zentrales Forderungsmanagement (ZFM) -
- B. Berichtersteller/in: Bezirksbürgermeisterin Frau Pohle
- C.1 Beschlussentwurf: Das Bezirksamt beschließt, vorbehaltlich der Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen:
- Die Werkstattphase der im Rechtsamt, Fachbereich "Zentrales Forderungsmanagement", angesiedelten Dienstleistungseinheit wird bis zum 31.12.2018 verlängert.
- C.2 Weiterleitung an die BVV zugleich Veröffentlichung: Das Bezirksamt beschließt weiterhin, diese Vorlage der BVV zur Kenntnisnahme vorzulegen und umgehend zu veröffentlichen.
- D. Begründung: Auf der Grundlage des Beschlusses des Bezirksamtes zur Vorlage Nr. 1035/IV wurde im Rechtsamt ein Fachbereich "Zentrales Forderungsmanagement" eingerichtet, welcher seit dem 01.01.2016 die Einziehung von in der Vorlage bezeichneten Forderungen zentral bearbeitet. Der Beschluss zur Vorlage Nr. 1035/IV sah eine zeitliche Erstreckung der Werkstattphase bis zum 31.12.2017 vor. Bereits heute zeichnet sich ab, dass die ursprünglich geplanten Aufgaben im Projekt bis zum 31.07.2017 nicht vollständig bearbeitet werden können. So steht zum Beispiel die Erstellung des geplanten Handbuchs für eine Übertragbarkeit auf andere Bezirke bzw. Kommunalverwaltungen aus. Um die ausstehenden Aufgaben im Rahmen des Projektes abschließen zu können, ist eine zeitliche Verlängerung der Werkstattphase bis zum 31.12.2018 erforderlich.
- E. Rechtsgrundlage: § 1 GO BA, §§ 15 und 36 Abs. 2 Buchstaben b und f und Abs. 3 Bezirksverwaltungsgesetz, Schreiben der SenFin FFM1 - H 1000 - 1/2012 vom 06.02.2015, 11.06.2015 sowie SenFin II E - HB 1430-1/2017-2-3 vom 18.07.2017
- F. Haushaltsmäßige Auswirkungen Nach den bisherigen Erfahrungen trägt eine zentrale Bearbeitung von Forderungen zur Verbesserung der

Bearbeitungsqualität und der Einnahmesituation bei. Im Jahr 2016 wurden Einnahmen in Höhe von ca. 500.000 EUR gebucht.

Personalmittel:

Berechnungsbasis Durchschnittssatz 2017 für Tarifbeschäftigte - Tarifbereich Ost/Neu einzustellende Dienstkräfte. Für die vier Beschäftigten der Sachbearbeitung wird jeweils von der EG 8 (Bewertungsvermutung, derzeitige Bewertung EG 6) und für die Gruppenleitung von einer EG 9 (Bewertungsvermutung) ausgegangen.

Kosten 2018: 228.850 EUR

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat mit Schreiben vom 18.07.2017 auf der Grundlage der Finanzierungszusage vom 11.06.2015 eine weitere Finanzierung des Projektes für das Jahr 2018 im Wege der Basiskorrektur bis zur Höhe des bis dahin nicht in Anspruch genommenen Betrages in Aussicht gestellt.

Nicht in Anspruch genommener Förderbetrag aus dem Jahr 2015: 73.200 EUR
(Förderung: 118.200 EUR, Ausgaben: 45.000 EUR)

Nicht in Anspruch genommener Förderbetrag aus dem Jahr 2016: 145.200 EUR
(Förderung: 319.200 EUR, Ausgaben: 174.000 EUR)

Auch für das Jahr 2017 wird der zur Verfügung stehende Betrag von 341.600 EUR aufgrund langzeitiger krankheitsbedingter Ausfälle von Beschäftigten ohne Lohnfortzahlung voraussichtlich nicht ausgeschöpft werden.

In der Bezirkshaushaltsplanung für das Jahr 2018 sind die fünf Beschäftigungspositionen bereits berücksichtigt worden.

- | | |
|---|-------|
| G. <u>Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:</u> | Keine |
| H. <u>Behindertenrelevante Auswirkungen:</u> | Keine |
| I. <u>Migrantenrelevante Auswirkungen:</u> | Keine |
| J. <u>Kinder- und jugendrelevante Auswirkungen:</u> | Keine |

K. Senior/innenrelevante
Auswirkungen:

Keine

Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin